

## Gewerkschaftlicher Putschismus

### Zur Rolle des venezolanischen Gewerkschaftsdachverbandes CTV in der Opposition gegen Chávez

Eine zeitlang sah es im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg so aus, als ob als nächstes Land Venezuela »dran sei«, wenn es um Sanktionsmaßnahmen gegen regime-untreue Lieferanten, sprich Staaten ging, die sich der Kontrolle für wesentlich erachteter Weltmarktressourcen entziehen könnten und politisch ohnehin »unter Verdacht« standen. Zentrales Verdachts-Moment war, wie häufig in letzter Zeit, wenn es um die Legitimation kriegerischer Intervention ging, ein angeblicher Verstoß gegen demokratische Prinzipien und die Menschenrechte. Auffällig bei den Berichten über die Krisen-Situation im Land war jedoch, dass nicht so richtig klar war, wer warum Opposition und wer Opposition der Opposition war – und vor allem: warum die Gewerkschaften im Namen der Demokratie und gegen die Diktatur ein Bündnis mit den Arbeitgebern suchten – und gegen Chavez' Regierung auf die Straße gingen -, ein Großteil der Bevölkerung jedoch für Chavez demonstrierte – ebenfalls im Namen der Demokratie und gegen die Diktatur.

**Wir dokumentieren eine im Auftrag des express angefertigte Übersetzung eines offenen Briefes der »Fuerza Bolivariana de Trabajadores de Venezuela« an »GewerkschaftskollegInnen in aller Welt« vom Februar d.J., in dem diese ihre Kritik an der Haltung des größten Dachverbandes, der CTV (Confederacion de trabajadores de Venezuela), und vor allem an dessen Unterstützung durch den IBFG (Internationalen Bund freier Gewerkschaften) zum Ausdruck bringt. Mittlerweile wurde mit der »Union nacional de trabajadores de Venezuela« ein neuer Gewerkschaftsdachverband gegründet.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns an Euch, um auf eine im Rahmen des dritten Weltsozialforums in Porto Alegre, Brasilien, getroffene Entscheidung des IBFG/ORIT (BFG/Regionalorganisation Amerika) aufmerksam zu machen: Laut Informationen von IBFG/ORIT traf sich der internationale Verband »mit den Dachverbänden der Mitgliedsländer der Gruppe Befreundeter Länder Venezuelas (Grupo de Amigos de Venezuela) ... Auf der Sitzung wurde entschieden, eine Gewerkschaftsgruppe zu bilden, die eine demokratische, friedliche und auf Wahlen orientierte Verhandlungslösung für die Krise Venezuelas unterstützen soll«.

Zu beachten ist folgende Darstellung des IBFG/ORIT: »Die CTV ist eine der führenden Kräfte der Demokratischen Koordination, Achse der Opposition gegen die venezolanische Regierung«. Angesichts dieser Behauptung erklären wir, dass hier keineswegs die CTV gemeint ist, sondern ihre durch Wahlbetrug<sup>1</sup> an die Macht gekommene Führung, die sich die Absetzung des rechtmäßig gewählten Präsidenten Hugo Chávez zur Aufgabe gemacht hat. Die Föderationen, die Mitgliedsgewerkschaften und die Mehrheit der ArbeiterInnen des Landes hingegen sind den destabilisierenden Aufrufen durch die illegale und illegitime Führung der CTV nicht gefolgt.

Bei denjenigen, die sich als Vorstand der CTV im Namen der Arbeiterklasse gegen die venezolanische Regierung und die Bevölkerung stellen, handelt es sich um eine Gruppe von Parteiführern der Acción Democrática. Mitglieder dieser Acción sind Carlos Ortega und Manuel Cova, die als Vorsitzender und Generalsekretär des Vorstands der CTV auftreten, Alfredo Ramos als Mitglied von La Causa Radical, der sich ebenfalls als Vorstandsmitglied der CTV bezeichnet, sowie weitere selbsternannte Mitglieder des besagten Vorstands, die die Parteien Bandera Roja, Movimiento al Socialismo, Unión repräsentieren. Besorgniserregend ist, dass diese Parteien und einige NGOs sich zu einer so genannten »Demokratischen Koordination« zusammengeschlossen haben, um das Land zu destabilisieren und im Namen der Demokratie eine Serie von Angriffen auf die venezolanische Bevölkerung zu unternehmen.

Hervorheben möchten wir, dass die o.g. Herren seit den turnusgemäßen Vorstandswahlen der CTV am 25. Oktober 2001 nicht in der Lage waren, mitzuteilen und zu belegen, wer in den Vorstand gewählt wurde. Sie haben damit gegen die Wahlregularien verstoßen, die zwischen Februar und April 2001 vom Lenkungsausschuss (Junta de Conducción Sindical) der CTV und dem Poder Electoral, vertreten durch den Nationalen Wahlrat (Consejo Nacional Electoral), geschaffen worden waren. Kurz vorher war sogar noch unter Vermittlung der ILO eine Dialogrunde zwischen den Kräften durchgeführt worden, die um die Macht im CTV-Vorstand rangen. Diese war jedoch ergebnislos geblieben, da eine Einigung nicht im Interesse der Wahlkommission der CTV und der Acción Democrática lag.

Die Mehrheit der in der CTV vertretenen Organisationen ist mit den selbsternannten Vertretern des CTV-Vorstands nicht einverstanden. Wenn dem anders wäre, hätte Präsident Chávez auf Grund der Anschläge und Sabotageakte abtreten müssen, in die diese Herren, die vorgeben, die Arbeiterklasse zu vertreten, verwickelt sind. Wir beziehen uns dabei auf diejenigen Ereignisse, die die Herren des so genannten CTV-Vorstandes mit dirigiert haben, nämlich den Sturz des Staatschefs – kurz nach den CTU-Wahlen im Oktober 2001. Wir fragen uns, ob das die Funktion einer gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Führung ist.

<sup>1</sup> Nur zehn Prozent der abgegebenen Wahlunterlagen waren überhaupt gültig. Die Wahlen wurden aufgrund einer Vielzahl von Verfehlungen für ungültig erklärt. Dennoch behauptete der Vorstand, er habe die Wahlen gewonnen (d.Ü.)

Wenn diese Herren die Führung der Arbeiterklasse beanspruchen könnten, welches Land und welche Regierung hielte dann vier »Unternehmerstreiks« und zwei Monate lange »Aussperrungen« und »Streiks« aus, wenn die ArbeiterInnen und die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich gegen die Regierung auf der Straße wäre?

Diese Herren haben vor der ganzen Welt kundgetan, dass es in Venezuela ein diktatorisches Regime gäbe, konnten dies jedoch nicht beweisen. Wenn es hier einen Tyrannen gäbe, wie uns die CTV-Spitze und ihre Verbündeten weismachen wollen, dann könnt Ihr sicher sein, dass die Arbeiterklasse und die Bevölkerung Venezuelas diesen schon gestürzt hätten, wie sie es mit Diktator Carmona am 13. April 2002 gemacht hat. Im Übrigen, liebe Klassen-Schwester und -Brüder, sei darauf hingewiesen, dass Diktator Carmona vom selbsternannten Vorstand der CTV unterstützt wurde, wie wir im Folgenden belegen wollen.

Bezugnehmend auf das Schreiben von IBFG/ORIT halten wir fest, dass diese angeblichen Gewerkschaftsführer vom ersten Moment an, in dem sie sich der Leitung bemächtigt hatten, nichts anderes getan haben, als sich einer großangelegten Destabilisierung der demokratischen venezolanischen Regierung in den Dienst zu stellen. Zu diesem Zweck haben sich die Gewerkschaftsführungen mit der Arbeitgeberorganisation Fedecamaras verbündet, die ebenfalls der Coordinadora Democrática angehört. Und dies nicht etwa mit der Absicht, die Gewinne umzuverteilen, sondern um eine Vereinigung von Kapital und Arbeit zu schaffen, die jeder Logik entbehrt und gegen jegliche gewerkschaftliche Prinzipien und die Interessen der Arbeiterklasse verstößt.

Einige Beispiele für die Aktivitäten des Herrn Ortega und seiner Vorstandskollegen:

1. Der Vorstand schloss sich der Aussperrung der Arbeitgeber vom 10. Dezember 2001 an. Es handelte sich um einen von Arbeitgeberseite organisierten politischen Streik, denn die Unternehmer hatten die Beschäftigten aufgefordert, bei Fortzahlung der Löhne der Arbeit fern zu bleiben. Drei Tage vor der Aussperrung hatte Ortega noch seine Hand und die des Arbeitgeberpräsidenten gemeinsam in die Höhe gehoben. Dieser Arbeitgeberpräsident war derselbe, der später dann (am 13. April 2002) von Volk und Armee gestürzt wurde – gerade einmal 40 Stunden war er nach dem Putsch im Amt gewesen. Dies zeigt, dass die Führungsspitze der CTV an den Destabilisierungsplänen beteiligt ist, die von den Lohnabhängigen und dem Gros der venezolanischen Bevölkerung abgelehnt werden.
2. Anfang März 2002 legten die falschen Vertreter der ArbeiterInnen einen »Regierbarkeitsplan« vor. Zusammen mit Fedecamaras, der Spitze der Katholischen Kirche und den Medien wurden darin mögliche Grundlagen für die Durchsetzung eines neoliberalen Programms für die Zeit nach einem Abgang von Präsident Chávez formuliert. Etwa zeitgleich schlossen sich Offiziere der Armee zusammen, um einen Putsch zu organisieren.
3. Nach der ersten Aussperrung der Arbeitgeber rief der illegale CTV-Vorstand noch mehrere Male zum unbefristeten Generalstreik auf, so für den 23. Januar, 27. Februar und 9. April 2002. Außer auf den Streikaufruf zum 9. April reagierten die ArbeiterInnen mit Desinteresse. Die Aktion am 9. April war wiederum eine bezahlte Aussperrung von Seiten der Arbeitgeber – auch diesmal mit Unterstützung des CTV-Vorstandes.
4. In Zugzwang gebracht durch die politischen Manipulationen bei der PDVSA (die staatliche Erdölfirma Venezuelas; Anm. d. Red.), deren Vorstände die Produktion illegalerweise hatten einstellen lassen, nutzten die Vorstände der Fedecamaras und der CTV die illegalen Aktionen der PDVSA, um zum bereits erwähnten Datum des 9. April den Streik auszurufen, der dann im Putsch vom 12. April gipfelte. Eine Aktion, die sehr gut vorbereitet war und vor der internationalen öffentlichen Meinung den – dann gescheiterten – Staatsstreich rechtfertigen sollte.
5. Die weniger als 48 Stunden, in denen sich die diktatorische Regierung von Pedro Carmona Estanga halten konnte, erinnerten uns Venezolaner an vergangene Zeiten: Noch in der Nacht des Staatstreiches begann die Verfolgung von Repräsentanten politischer, gewerkschaftlicher und sozialer Bewegungen und von Anhängern der Regierung. Wir mussten einen brutalen Angriff auf die kubanische Botschaft miterleben und den Aufruf von Carlos Ortega in den Medien, dass sich das Parlament auflösen solle. Am 12. April machte er seine Aufwartung im Regierungspalast, um Diktator Carmona zu gratulieren.
6. Doch wir haben nicht nur dies erlebt, wir sahen auch, wie der Diktator sich selbst alle Macht zusprach, indem er per Dekret alle staatlichen Körperschaften absetzte: die Staatsanwaltschaft, die Verteidigung, die Nationalversammlung, den Obersten Gerichtshof der Republik – bis hin zur Ersetzung der República Bolivariana de Venezuela durch die República de Venezuela). Zum »Kabinett« von Pedro Carmona gehörte auch León Arismendi als Planungs- und Entwicklungsminister. Arismendi war und ist seit mehr als 15 Jahren Berater der CTV. Er war Mitglied des Lenkungsausschusses der CTV und Delegierter der venezolanischen Gewerkschaften auf der 89. Internationalen Konferenz der Arbeit der ILO im Juni 2001 in Genf. Zieht selbst eure Schlüsse, Brüder und Schwestern der internationalen Arbeiterklasse!

7. In der kurzen Zeit, die Carmona, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Fedecamaras, sich als Diktator halten konnte, wurde zwecks Zerschlagung der konstitutionellen Ordnung die Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela außer Kraft gesetzt. Per Dekret wurden 49 Gesetze von November 2001, in denen Bauern, Fischer, Handwerker, IndustriearbeiterInnen, Kooperativen, die überwiegend in der Zeit von 1958-1998 verarmte venezolanische Bevölkerung und der Umweltschutz begünstigt worden waren, eliminiert.

Auf diese Weise hat also der Vorstand der CTV agiert, über die IBFG/ORIT schreiben: »Die CTV ist eine der führenden Kräfte der Demokratischen Koordination, Achse der Opposition gegen die venezolanischen Regierung«. Dieser durch Wahlbetrug zur Macht gelangte Vorstand war nicht nur in den Staatsstreich vom April 2002 involviert, sondern auch in seit Ende 2001 andauernden Bemühungen, die verfassungsmäßige Ordnung auszuhebeln, um dann am 2. Dezember 2002 eine kollektive »Arbeitsniederlegung« vom Zaun zu brechen. Eine Arbeitsniederlegung, deren Resultat bekannt ist, und von der schwer zu glauben ist, dass seriöse Gewerkschaftsführungen an irgendeinem Ort der Welt so etwas durchführen oder begleiten könnten, und dann kurz darauf gegenüber dem venezolanischen Volk zu behaupten, sie hätten nichts gemacht.

### »Bringen Sie ein Opfer« – Folgen des Ausstands für die Bevölkerung

Zwischen jenem 2. Dezember 2002 und dem 30. Januar (der Hochphase der Auseinandersetzung, Anm. d. Red.) war das venezolanische Volk dann mit folgenden Maßnahmen konfrontiert:

- Mit der Schließung der Betriebe wurde gegen das Recht auf Arbeit verstoßen. Firmen, die zum Teil zu mächtigen Wirtschaftsgruppen gehören, bezahlten den ArbeiterInnen, die zwangsweise an der Wiederaufnahme ihrer Arbeit gehindert wurden, ihren Lohn nicht aus, obwohl sich die ArbeiterInnen in den Betrieben zusammengeschlossen und von den Betriebsleitungen gefordert hatten, die Betriebe wieder zu öffnen, um ihrer Arbeit wieder nachgehen zu können. Die Antwort des CTV-Vorstandes an die ArbeiterInnen war: »Bringen Sie ein Opfer, das ist es, was es kostet, um den Tyrannen loszuwerden.«
- Es kam zu gewaltsamen Schließungen von Geschäften, Bäckereien, Kleinläden, Restaurants und anderen Lokalitäten.
- Es gab Angriffe auf Beschäftigte und Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs, wobei es in einigen Fällen zu schweren Verletzungen kam.
- Bildungs- und Erziehungsinstitutionen wurden boykottiert, d.h. es gab eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechts der Kinder und Jugendlichen auf Bildung; Vorreiter waren hier die privaten Schulen und die Schulen, die der Zuständigkeit der Opposition unterliegen.
- Trotz der Armut, unter der ein großer Teil der Bevölkerung leidet, werden Millionen von Litern Milch in Flüsse oder Abflüsse geschüttet, unter dem Motto: »Wir befinden uns im ›Streik‹«.
- Die Fernseh- und Rundfunkanstalten wurden zur Desinformation, zur Anstiftung zu Verbrechen, zur Förderung des Hasses und zur Verbreitung von Kriegspropaganda missbraucht. Maßgeblichen Anteil daran haben der Vorsitzende der CTV, Herr Carlos Ortega, als hauptsächlicher Protagonist, neben dem Vorsitzenden der Arbeitgeber in der Fedecamaras, Herrn Carlos Fernandez, der zugleich Unterzeichner des Dekretes war, mit dem Diktator Pedro Carmona nach dem Putsch »legitimiert« wurde. Jeden Nachmittag seit dem 2. Dezember 2002 haben beide an dieser öffentlichen Propaganda teilgenommen.
- Der freie inländische Warenverkehr wurde durch die versuchte Sabotage des öffentlichen Transports von Kraftstoff und der Verteilung von Lebensmitteln behindert.
- Öffentliche Büros und Behörden wurden geschlossen, dabei wurde den BürgerInnen sogar die Anmeldung von Neugeborenen, die Ausstellung von Geburtsurkunden, Heiratsschließungen etc. verweigert.
- Es kam zu Produktionsausfällen und Sabotage an den Anlagen der staatlichen Erdölfirma PDVSA, die gravierende finanzielle Folgen hatten (vorläufig handelt es sich um einen Schaden von etwa 6 Mrd. Dollar). Da die Ölexporterlöse einen Anteil von 81 Prozent an den gesamten Exporteinnahmen der Republik ausmachen, entsteht auch dem Fiskus Schaden, dem dieses Geld im sozialen Haushalt fehlt. Dieser Sektor hatte nicht nur die Unterstützung der Medien und besagter »Demokratischen Koordination«, sondern auch die der Geschäftsführung von Fedecamaras und des Vorstandes der CTV.
- Sabotage gab es auch bei der Lieferung von Energie an Schlüsselindustrien wie die Aluminium- und Eisenindustrie.
- Tanker, die zum Kraftstofftransport dienen, wurden stillgelegt und/oder zum Ankern<sup>2</sup> genötigt; Ventile in technischen Anlage und Zugangscodes zu Informationssystemen, mit denen Produktionsprozesse kontrolliert werden, wurden sabotiert; wichtige Arbeitsplätze wurden verlassen, wie etwa die, die zur Befüllung von Tankwagen dienen, mit denen Gas an Millionen venezolanischer Haushalte geliefert wird. Die Konsequenz war jeweils stundenlanges Schlangestehen der Bevölkerung, um sich mit Kraftstoff und Gas zu versorgen.

<sup>2</sup> z.B. vor den Hafeneingängen, um jeglichen Schiffsverkehr zu unterbinden (d.Ü.)

- Geschäftsleute und Privatpersonen wurden dazu aufgerufen, ihre Steuern nicht zu bezahlen, Sozialabgaben und andere wirtschaftliche Abgaben nicht zu leisten. Dies führte u.a. dazu, dass mehr als 600000 Rentner und Pensionären ihre Rente nicht ausgezahlt werden konnte und dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung gefährdet war. Dazu gehört auch ein Aufruf zur Einstellung der Produktion und Verteilung von Medikamenten.

- Die Öffnungszeiten von Banken wurden reduziert; teilweise wurden solche Einrichtungen geschlossen, oder es wurde gedroht, die Schließung zu verlängern.

Zu erwähnen sind auch die Kampagnen gegen das Weihnachtsfest, so etwa die Medien-Propaganda im Dezember mit dem Slogan: »Weihnachten im Januar oder Februar. Kauf nicht!«<sup>3</sup> und die Schließung von Freizeiteinrichtungen.

Durch diese Aktionen sind Tausende von Arbeitsplätzen der klein- und mittelständischen Betriebe des Handels verloren gegangen, was somit auch die allgemeine Problematik der Arbeitslosigkeit des Landes verschärft. Trägt der so genannte Vorstand der CTV auf diese Weise zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Armut im Land bei?

Festzuhalten ist auch die offene Verbreitung und Anwendung faschistischer Methoden durch Politiker der Opposition und der Medien, indem einfache Leute behandelt werden, als wären sie Abschaum, Lumpen, Alkoholiker, Ignoranten, schmutzig etc.

Dazu gehört die Beeinträchtigung des Friedens und der Gerechtigkeit durch Urteile des Obersten Gerichtshofes, in denen die Opposition begünstigt wurde. Ein Beispiel dafür ist das Urteil vom 20. August 2002, welches besagt, dass es keine Gründe gäbe, die vier Generäle und Admirale der Armee wegen ihrer Beteiligung am Staatsstreich vom April 2002 zu verurteilen. Die Justizbeamten wurden von der Opposition als unparteiische und gerechte Helden gefeiert. Doch als es um das Urteil des Gerichtshofes ging, mit dem allen, die die Petroleumindustrie sabotiert hatten, aufgegeben wurde, alle Dekrete und Resolutionen der Exekutive umzusetzen, um zu einem Normalzustand zurückzukehren, wurden die Justizbeamten von der Opposition behandelt, als wären sie von der Exekutive »ferngesteuert«.

Nach zwei Monaten »zivilen Streiks« wissen Carlos Ortega von der CTV und Carlos Fernández von Fedecamaras und ihre Bündnispartner von der »Demokratischen Koordination« nicht, wie sie sich von diesem gescheiterten Unternehmen distanzieren sollen. Sie beschuldigen sich gegenseitig und machen bezeichnende Äußerungen wie z.B.: »Der Streik ist uns aus der Hand geglitten«, »Wir haben nie zu einem unbegrenzten Streik aufgerufen«, »Wir haben nicht zum Streik aufgerufen, damit der amtierende Präsident der Republik zurücktritt.« Diese Aussagen sind unverantwortlich gegenüber den Menschen, die an sie »glauben«. Die Haltung des »Ich war es nicht« zeigt, dass es nicht um die Unterstützung von Forderungen aus dem venezolanischen Volk oder auch nur um Forderungen für dessen Entwicklung ging, sondern um politische und wirtschaftliche Interessen derjenigen, die glauben, Herren der Republik zu sein.

Kolleginnen und Kollegen der weltweiten Arbeiterklasse: Ist dieses Schema des angeblichen Vorstandes der CTV, dem man auf internationaler Ebene glauben geschenkt hat, nicht niederträchtig? Ist es nicht ein Übel, dem ihr Euch anschließt, indem ihr Euch für einen korrupten Vorstand verwendet?

»Die CTV ist eine der führenden Kräfte der Demokratischen Koordination, Achse der Opposition zur venezolanischen Regierung«. Vor dem Hintergrund dieser Behauptung stellen wir klar, dass die ArbeiterInnen und das venezolanische Volk sich der CTV friedlich und demokratisch entgegengestellt haben. Das Volk hat ihnen eine Niederlage beschert und wird das auch weiterhin tun. Jetzt muss die Justiz die zivilen und strafrechtlichen Konsequenzen ziehen.

Wir erlauben uns, Euch vorzuschlagen, vor jeglicher konkreten Entscheidung zu untersuchen, ob der vorgeliebte Vorstand der CTV in der Arbeiterklasse glaubwürdig ist. Es wäre gut, wenn ihr diese Herren, die den Vorstand der CTV eingenommen haben, fragt, an wie vielen der Hunderttausenden von Tarifvertragsabschlüssen sie in den letzten vier Jahren beteiligt waren. Wie viele Vorschläge und Konzepte auf sozialem und ökonomischem Gebiet haben sie mit der Basis der ArbeiterInnen beraten und abgestimmt, um ihrer Aufgabe als soziale Mittler gerecht zu werden?

Wir schlagen auch vor, die Formulierung, die die IBFG/ORIT in ihrer Mitteilung gebraucht, zu überdenken. Wir beziehen uns dabei auf den Abschnitt »auf der Versammlung wurde entschieden, eine Gewerkschaftsgruppe zu gründen, um einen verhandlungstechnischen, demokratischen, friedlichen und auf Wahlen beruhenden Ausweg aus der Krise Venezuelas zu finden.« Bleiben wir beim verhandlungstechnischen Ausweg: Also, hier wird nichts verhandelt, die Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuelas wird nicht verhandelt. Wir alle wissen, dass Prinzipien nicht verhandelbar sind, ebenso wenig wie die Träume, Sehnsüchte und Interessen der ArbeiterInnen. Man kann den Begriff »Verhandlung« in keinem Zusammenhang gebrauchen, sei es in der vom Generalsekretär der OAS moderierten Dialogrunde, die von der Regierung der República Bolivariana Venezuelas vorgeschlagen wurde, noch in der vom brasilianischen Präsidenten Luis Ignacio Lula da Silva vorgeschlagenen Gruppe der befreundeten Länder. Die Moderation und Absprachen sind weiterhin herzlich willkommen, ebenso der aufrichtige Geist und der Wille zur Umsetzung der

<sup>3</sup> und z.B. »Weihnachten ohne Chavez« (d.Ü.)

Menschenrechte. Über die bekannten, von der »Demokratischen Koordination« zu verantwortenden Aktionen, zu der die illegitime Spitze der CTV gehört, kann man nicht verhandeln oder zu Vereinbarungen kommen. Verhandeln würde bedeuten, ihnen den Status einer kriegführenden Parteien zu geben, und das ist in keiner Weise vorgesehen.

Auf die Herren der putschistischen, faschistischen und terroristischen Opposition in Venezuela wartet das Gefängnis – für alle Frevel, die sie gegen das venezolanische Volk begangen haben. Darauf möchten wir aufmerksam machen. Kolleginnen und Kollegen, die Ihr beschlossen habt, Euch als Freunde des illegitimen Vorstandes der CTV an seine Seite zu stellen: Die Fuerza Bolivariana de Trabajadores fördert den Dialog als Werkzeug, unentbehrlich für eine Lösung der Kontroversen; einen Dialog im Rahmen der Verfassung der Republik, und mit integren Vermittlern aus repräsentativer, ethischer und demokratischer Sicht.

Wir wollen betonen, dass wir die Aussage des IBFG/ORIT unterstützen, in der es heißt: »In Umsetzung der Entscheidungen des ILO-Verwaltungsrats werden die Konventionen der ILO bezüglich der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit und der Verhandlungsfreiheit angewandt.« Dies sind Grundprinzipien, für die wir als Gewerkschaftsführer große Verantwortung tragen. Wir werden heute und auch in der Zukunft für diese Prinzipien eintreten.

Liebe Klassen-Brüder und -Schwestern in den USA und in der Welt, wir schlagen Euch vor, dass Ihr nach Venezuela kommt und wir über die Lage im Land reden. Kommt, um Euch mit den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen zu treffen. Kommt, um Euch mit den ArbeiterInnen der informellen Ökonomie und mit den Arbeitslosen zu treffen. Kommt, um Euch mit dem venezolanischen Volk zu treffen, dem Hauptakteur des Kampfes, den wir begonnen haben gegen die dunklen Kräfte des Faschismus.

In unserem Land, liebe Klassen-Brüder und -Schwestern, erbauen wir eine »gerechte, demokratische und friedliebende Gesellschaft«; wie es unsere Bolivarianische Verfassung vorgibt. Wir bauen eine Gesellschaft mit lateinamerikanischen und karibischen Hintergrund, bodenständig und dem Volk verpflichtet, im Gedenken an den Vater dieser großen Heimat, Simón Bolívar.

Bolivarianische und klassenkämpferische Grüße, die bundesweite Leitung der Fuerza Bolivariana Trabajadores de Venezuela:

Oswaldo Vera, Präsident des Angestelltenverbandes der Universität Simón Bolívar  
Eduardo Piñante, Präsident der nationalen Gewerkschaft Fuerza Unitaria Magisteral

*erschienen im express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 6-7/03*